

28. April 2009
Presseaussendung der Wiener Grünen

Grüne Wien/NÖ: Studie belegt: Lobauautobahn ist beschäftigungspolitischer Irrweg

Wien (OTS) - Eine neue Studie, die von den Grünen Wien und Niederösterreich in Auftrag gegeben wurde, belegt: Der Bau der Lobauautobahn ist nicht nur aus umwelt- und raumplanerischen Gründen, sondern auch aus beschäftigungstechnischen Gründen abzulehnen. Die Studie "Sinnvolle Alternativen zur Lobauautobahn" zeigt, dass der von der Regierung geplante Bau der S1- Lobauautobahn und weitere verkehrspolitisch kontraproduktive Ausbaupläne von Autobahnen und Schnellstraßen (A23-Tangentenverlängerung in Wien, A5-Nordteil und S8-Marchfelds Schnellstraße), den meisten PendlerInnen nur wenig bringen - Alternativen, wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bringen rund 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze. "Der Bau der Lobauautobahn ist ein beschäftigungspolitischer Irrweg, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise dürfen solche Fehlentscheidungen nicht getroffen werden", so der Umweltsprecher der Grünen Wien, Rüdiger Maresch.

Mit dem Geld für diese vier großen Autobahnprojekte - nach offiziellen Angaben 3,1 Mrd. Euro für 94 Kilometer Straßen - kann man 26 Bahnstrecken (etwa die Nordbahn, den Marchegger Ast der Ostbahn und die Pottendorfer Linie) sowie fünf Straßenbahnlinien (die Verlängerungen der Linien O, D, 25 und 26 und der Neubau der Linie 27 von Groß Jedlersdorf bis nach Kagran) neu bauen beziehungsweise ausbauen. Weiters kann man mit diesem Geld 21 Park & Ride-Anlagen in Niederösterreich sowie einige notwendige Umfahrungsstraßen wie etwa die B 3d, die die Ortsteile Aspern, Essling und Groß Enzersdorf entlasten soll, errichten. In Summe kosten alle diese Maßnahmen insgesamt rund 2,94 Milliarden Euro, also 160 Millionen Euro weniger als der Bau der 94 Kilometer Autobahnen. "Wenn die Politik den niederösterreichischen PendlerInnen wirklich unterstützen will, muss sie das Eisenbahnnetz in der Fläche erhalten und ausbauen statt einige wenige Transitautobahnen in die Landschaft zu stellen. Öffentliche Mobilität ist ein soziales Grundbedürfnis für Jung und Alt", so die Verkehrssprecherin der Grünen Niederösterreich, Amrita Enzinger.

Die Grünen Wien und Niederösterreich fordern einen Stopp der teuren und beschäftigungspolitisch minder wirksamen Autobahnprojekte in der Ostregion und eine Umleitung der dafür vorgesehenen Steuergelder in den sinnvollen Ausbau von Bahn-Infrastrukturprojekten, P & R-Anlagen und notwendigen Umfahrungsstraßen.

Rückfragehinweis:
Pressereferat, Tel.: (++43-1) 4000 - 81814, presse.wien@gruene.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0180 2009-04-28/11:47

281147 Apr 09